



Morgen steht den Aktionären von Tesla eine wegweisende Entscheidung bevor: Soll das Unternehmen seinem Vorstandschef Elon Musk Aktien im Wert von nahezu einer Billion US-Dollar zusprechen?

Im Vorfeld der Hauptversammlung des Unternehmens in Texas, bei der das Ergebnis der Abstimmung über Musks Vergütungspaket bekanntgegeben wird, haben sowohl Musk als auch seine Kritiker intensive Kampagnen geführt. Der Ton erinnert dabei deutlich an die aufgeheizte Atmosphäre der amerikanischen Innenpolitik – nicht zuletzt wegen Musks wechselhafter Nähe zu US-Präsident Donald Trump.

Sogar Papst Leo XIV hat sich geäußert und Musks potenzielle Vergütung als Sinnbild für die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich angeführt.

Hinter der spektakulären Summe steht ein grundlegender Machtkampf: Wird das Vergütungspaket angenommen, steigt Musks Stimmrechtsanteil an Tesla auf rund 25 Prozent. Zwar liegt dieser Anteil deutlich unter einer Mehrheit, doch könnte Musk damit faktisch jedes Vorhaben blockieren, das er ablehnt.

Tesla plant derzeit eine Neuausrichtung seines Geschäftsmodells in Richtung humanoider Roboter. Musk erklärte gegenüber Investoren und Analysten bereits im Oktober, er benötige die Kontrolle über Tesla und die geplante „Roboterarmee“, um diese Vision umsetzen zu können.

„Die Kontrolle über Tesla könnte das Schicksal der Zivilisation beeinflussen“, schrieb Musk auf X (vormals Twitter).

Der Verwaltungsrat von Tesla sieht das Paket als Anreiz, um Musk zur Transformation des Unternehmens vom Elektroautohersteller hin zu einem Entwickler autonomer Roboter und selbstfahrender Fahrzeuge zu motivieren.

Ein Aufsichtsrat unter Druck

Doch es bestehen erhebliche Zweifel, ob der Verwaltungsrat – in dem auch Musks Bruder sowie mehrere langjährige Freunde und Geschäftspartner sitzen – überhaupt in der Lage ist, über Musks Leistungen unabhängig zu urteilen.

Die Direktoren beteuern, ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Teslas Verwaltungsrat sei „sehr aktiv, sehr unabhängig, und ich glaube, die Außenwelt erkennt das einfach nicht“, sagte Robyn Denholm, die Vorsitzende des Gremiums, in einem Interview in Teslas



kalifornischem Büro im vergangenen September.

Anreize mit Schlupflöchern

Damit Musk das vollständige Vergütungspaket erhält – es ist in zwölf Tranchen aufgeteilt – müsste Tesla ehrgeizige Ziele erreichen. Dazu gehören etwa der Verkauf von zehn Millionen Abonnements für autonomes Fahren sowie eine Steigerung des bereinigten Gewinns (vor Abschreibungen und weiteren Faktoren) von 17 auf 400 Milliarden Dollar.

„Er erhält keine Vergütung, wenn er nicht liefert“, so Denholm.

Sie begründete die enorme Summe damit, dass Musk sich Dingen verschrieben habe, „die noch niemand zuvor getan hat – Vorhaben, die die Menschheit voranbringen“.

Allerdings erlaubt das Paket auch gewisse Ausnahmen: Der Vorstand könnte Musk einzelne Tranchen auch dann zusprechen, wenn er ein Produktziel beispielsweise aufgrund von Naturkatastrophen, Krieg, behördlichen Eingriffen oder anderen nicht näher definierten Umständen verfehlt.

Laut einem Bericht der Analystenfirma *Glass Lewis*, die Investoren bei Abstimmungen berät, wäre es sogar möglich, „dass Herr Musk die ersten drei Tranchen der Vergütung erhält, ohne auch nur ein operatives Ziel erreicht zu haben“. Jede dieser Tranchen umfasst Aktien im Wert von mehreren Dutzend Milliarden Dollar.

Weitere wichtige Meldungen

Die ersten großen US-Wahlen im neuen Trump-Zeitalter

Zohran Mamdani, demokratischer Sozialist mit einer Kampagne, die sich kompromisslos auf soziale Gerechtigkeit und bezahlbares Leben konzentrierte, wird der jüngste Bürgermeister New Yorks seit über 100 Jahren – und zugleich der erste muslimische Amtsinhaber. Er setzte sich klar gegen Andrew Cuomo durch, den früheren Gouverneur des Bundesstaates New York, den Donald Trump in den letzten Tagen des Wahlkampfes unterstützt hatte.

Auch in anderen Bundesstaaten gewannen zwei Demokratinnen die Gouverneurswahlen in New Jersey und Virginia – jeweils mit Wahlkämpfen, in denen die Abgrenzung zu Trump eine



zentrale Rolle spielte. In Kalifornien stimmten die Bürgerinnen und Bürger dafür, die Wahlkreise aggressiv neu zuzuschneiden, um bis zu fünf republikanische Sitze im Kongress zu streichen. Vor den Zwischenwahlen 2026, die über die Mehrheitsverhältnisse im US-Kongress entscheiden werden, dürften beide Parteien die gestrigen Ergebnisse als strategische Orientierung nutzen.

Trump erwägt Militärschläge gegen Venezuela

Die Trump-Regierung hat laut US-Beamten mehrere Optionen für ein militärisches Vorgehen gegen Venezuela erarbeitet. Dazu gehören Angriffe auf Einheiten, die Präsident Nicolás Maduro schützen, sowie Pläne zur Übernahme der Ölfelder des Landes.

Trump habe bislang keine Entscheidung getroffen – weder ob noch wie er vorgehen wolle. Doch mehrere seiner hochrangigen Berater drängten auf einen der aggressivsten Schritte: den Sturz Maduros.

Weitere Meldungen in Kürze

- Der **Oberste Gerichtshof der USA** prüft heute die Rechtmäßigkeit von Trumps Notstandsbefugnissen zur Verhängung von Zöllen auf nahezu alle Handelspartner der USA.
- **Dick Cheney**, weithin als einflussreichster Vizepräsident der US-Geschichte angesehen, ist im Alter von 84 Jahren gestorben. Er spielte eine zentrale Rolle im Golfkrieg 1991 und bei der Reaktion auf die Anschläge vom 11. September.
- Die USA streben ein UN-Mandat für eine internationale Stabilisierungsmission in **Gaza** an, die mindestens zwei Jahre vor Ort bleiben soll.
- Die **Ukraine** will befristete Militärverträge einführen, um neue Rekruten zu gewinnen.
- Die Ermordung der bekanntesten Anti-Kriminalitätsbürgermeisterin **Mexikos** zeigt: Trotz des harten Vorgehens von Präsidentin Claudia Sheinbaum gegen die Drogenkartelle steht der eigentliche Kampf erst bevor.

Autor: P. Tiko